

## **Eine soziale Schweiz für alle**

Eine soziale Schweiz muss allen Menschen soziale Sicherheit garantieren. Die Schweiz verfügt über wichtige Errungenschaften sozialer Sicherheit wie die AHV, die IV und die Arbeitslosenversicherung. Leider wird immer wieder versucht, die guten Sozialwerke durch Infragestellung der Finanzierung und mit düsteren Zukunftsprognosen zu untergraben. Dabei sind viele der düsteren Prognosen nicht eingetroffen. Besonders die AHV ist heute immer noch das bestfunktionierende Sozialwerk in der Schweiz. Und sie ist auch breit akzeptiert. Das hat sich nicht zuletzt in der Ablehnung der 11. AHV-Revision gezeigt.

Die AHV ist unser wichtigstes Sozialwerk. Im Gegensatz zu den Pensionskassen ist sie solidarisch finanziert und garantiert mit dem System der Ergänzungsleistungen soziale Sicherheit für alle. Die bürgerlichen Vorschläge für ein generell höheres Rentenalter sind realitätsfremd. Als Gewerkschafterin weiss ich aus der Praxis, dass längst nicht alle Arbeitnehmenden bis 67 oder noch länger arbeiten können, da sie dies gesundheitlich nicht verkraften. Körperlich anspruchsvolle Arbeit finden wir praktisch überall, z.B. im Spitalbereich, in der Reinigung, im Gewerbe und auf dem Bau. Darum müssen wir eine realistische und vernünftige Lösung finden, wie sie z.B. die Initiative für ein flexibles Rentenalter vorschlägt. Von einem flexiblen Rentenalter sollen auch die Angestellten mit kleineren Einkommen profitieren können. Darum braucht es eine solidarische Lösung.

Andernfalls werden mehr und mehr Leute in die Invalidenversicherung abgeschoben. Das ist falsch. Wer noch arbeiten kann, soll dies auch können, auch wenn die Leistungsfähigkeit vermindert ist. Hier stehen die Arbeitgeber nach der Abstimmung über die Invalidenversicherung vom Mai 2007 nun in der Pflicht. Sie haben dafür plädiert, dass Arbeit vor Rente gelten soll. Damit bin auch ich im Grundsatz einverstanden. Aber die Theorie hilft uns nicht weiter, der Beweis muss in der Praxis angetreten werden. Da erlebe ich als Gewerkschafterin nach wie vor, dass die Vorgesetzten anders denken. Sie sind froh, wenn sie ältere oder weniger leistungsfähige Angestellte abschieben können. Diese Politik muss ändern. Das heisst aber auch, dass in der Arbeitswelt nicht mehr das Motto „just in time und immer schneller“ an erster Stelle stehen darf. Hier ist vor allem ein Wandel auf Seiten der Arbeitgeber nötig. Es braucht Nischenarbeitsplätze und Mindestquoten für die Beschäftigung von Menschen mit reduzierter Leistungsfähigkeit in der öffentlichen Verwaltung wie bei privaten Arbeitgebern.

Ein existenzsicherndes Einkommen und Förderung der Integration von Menschen mit reduzierter Leistungsfähigkeit sind das beste Mittel zur Stabilisierung der Sozialausgaben. Der Entwicklung, dass es trotz Erwerbstätigkeit Armut gibt (Working Pools) und dass Kinder ein erhebliches Armutsrisiko bedeuten, müssen wir entgegenwirken. Das Bestreben der Gewerkschaften, die Löhne in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst anzuheben, ist eine wirksame Massnahme gegen zu tiefe und nicht existenzsichernde Löhne. Die Lohnerhöhung der tiefen Mindestlöhne im Gastgewerbe und im Detailhandel sind auf die Beharrlichkeit der Gewerkschaften in dieser Frage zurückzuführen. Damit werden weniger Menschen abhängig von der Sozialhilfe.

Die hohen Krankenkassenprämien belasten das Budget der Menschen enorm, insbesondere die Familien und die Menschen mit kleinem Portemonnaie haben zunehmend

Mühe die monatlichen Prämien zu bezahlen. Wir müssen darum auch nach der abgelehnten Initiative für eine Einheitskrankenkasse Lösungen für eine solidarische Finanzierung der Gesundheitskosten finden.

Darum setze ich mich in der Sozialpolitik konkret ein

- für existenzsichernde Löhne und Renten.
- für eine Stärkung unserer Sozialwerke AHV, IV und Arbeitslosenversicherung.
- für die Initiative «für ein flexibles Rentenalter» des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes.
- für eine effiziente und finanziell gesicherte IV.
- für markant mehr Arbeitsplätze für weniger leistungsfähige Menschen.
- für eine Lösung der Finanzierung der Gesundheitskosten und gegen immer höhere Krankenkassenprämien.
- für eine Familienpolitik, die den gesellschaftlichen Realitäten Rechnung trägt: d.h. Angemessene Zulagen für alle Kinder, unabhängig von der beruflichen Stellung der Eltern, Anrecht auf Ergänzungsleistungen für Kinder in prekären Verhältnissen, familienergänzende Betreuungsstrukturen und mehr Spielraum bei den Arbeitszeiten, damit Familie und Beruf für Frauen und Männer vereinbar sind.

Corinne Schärer, Gewerkschaftssekretärin VPOD, Grossrätin Grüne